

Sehr geehrte Frau Gönner,

hiermit möchten wir Sie als Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg ansprechen.

Das in Schelklingen ansässige Zementwerk (HeidelbergCement) plant mit dem Energiekonzern Vattenfall ein EBS Kraftwerk zu bauen. Viele Schelklinger und Einwohner umliegender Ortschaften, wie Blaubeuren und Ringingen, sind gegen dieses Projekt. Aus diesem Grunde haben wir eine BI gegründet (<http://www.pro.schelklingen.eu/>). Unser Ziel ist es, den Bau des EBS Kraftwerkes zu verhindern.

In erster Linie erscheint uns die Integration Schelklingens in das Biosphärengebiet Schwäbische Alb völlig unvereinbar mit dem Bau eines EBS Kraftwerkes, denn Naturschutzflächen sollten in einem Genehmigungsverfahren für MVAs oder EBS-Kraftwerke durchaus besonders bewertet werden. Hiermit beziehen wir uns auf das:

BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz)

Für den Fall, dass im Beurteilungsgebiet (d.h. das 50fache der tatsächlichen Schornsteinhöhe, mindestens aber ein Radius von 1 km – Nr. 4.6.2.5 TA Luft) einer Anlage naturschutzrechtlich relevante Flächen (z.B. FFH-Gebiet, Vogelschutzgebiet) liegen, stellt sich die Frage nach dem Einfluss des beantragten Anlagenbaus und –betriebs in diesem Gebiet. Denkbar sind z.B. Auswirkungen durch Lärm, durch Gerüche oder durch den Niederschlag von Luftschadstoffen (Deposition). § 34 BNatSchG bzw. die FFH- oder die Vogelschutzrichtlinie der EU können an dieser Stelle relevant werden.

Zu diesem Problemkreis hat das BVerwG in einem Urteil vom 17. Januar 2007 zur Westumfahrung Halle (Az. 9 A 20.05 – abrufbar unter [www.bundesverwaltungsgericht.de](http://www.bundesverwaltungsgericht.de)) äußerst wichtige Ausführungen gemacht.

Zur Frage der naturschutzrechtlichen Relevanz bei Lärmbelastung von Vögeln stellt das Gericht fest, dass auch Brutvögel vor Lärmbeeinträchtigungen zu schützen sind und die Behörde dies im Genehmigungsverfahren auf wissenschaftlich fundierter Grundlage beurteilen muss (Rdnr. 46 und 80 ff des Urteils).

Bei der Problematik der Schadstoffeinträge in Schutzgebiete hat das BVerwG in diesem Urteil hinsichtlich der Stickstoffzufuhr über den Luftpfad in ein Schutzgebiet exemplarisch ausgeführt, dass dadurch nährstoffarme und trockene Standorte derart negativ beeinflusst werden können, dass die für diesen Standort typischen Lebensraumtypen durch die Verbreitung konkurrenzstärkerer Pflanzen verdrängt werden können (Rdnr. 102 ff des Urteils). Der Genehmigungsbehörde obliegt deshalb nach Auffassung des Gerichts der Gegenbeweis der Unschädlichkeit der zu erwartenden Stickstoffzufuhr für die genannten Biotop.

Damit hat das BVerwG die Bedeutung der Naturschutzargumente in Genehmigungsverfahren für Anlagen, wie in Schelklingen geplant, deutlich gestärkt.

Folglich würde bei einem 40m hohen Schornstein in Schelklingen ein 2 km Radius gelten. D.h. die Schutz- und Pflegezonen des Biosphärengebietes Schwäbische-Alb sowie der Schmiedener See liegen darin. Die Emissionsmengen für NOx lagen 2004 bei 1190 t/a (EPER Register). Jede Erhöhung des Eintrags verletzt mit Sicherheit geltendes EU Recht.

Es würde uns freuen, wenn Sie hierzu und speziell vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung Biosphärengebiet Schwäbische Alb in Schelklingen, die am Dienstag, den 8. April in Schelklingen stattfinden soll, Stellung nehmen könnten.

Leider ist eine gleichlautende E-Mail, mit Datum 28/03/08, an den Minister für Ernährung und Ländlichen Raum, Herrn Peter Hauk, unter dessen Schirmherrschaft das Biosphärengebiet Schwäbische Alb fällt, gänzlich unbeantwortet geblieben.

Mit freundlichen Grüßen,

Ute Krey

(Pressesprecherin und 2. Vorstand der BI Pro Schelklingen e.V.)